SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Ausschaffungsinitiative 3
Ständerat verwässert Durchsetzung massiv

Interview mit Bundesrat 8-9
Die SVP ist heute eine Oppositionspartei

Altersvorsorge 2020 13
Scheitern des Reformpaketes

AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl. - www.svp.ch - klartext@svp.ch - Dezember 2014

SVP bi de Lüt

Die SVP Waadt hat am 29. November eine Standaktion « SVP bi de Lüt » in Yverdon organisiert. Hier Nationalrat Jean-Pierre Grin (rechts) und Gemeinderatskandidat Pascal Gafner mit unserem Wachhund Willy.

Die SVP Luzern auf der Strasse für die Heimat in Willisau.

Mit dem Piaggio-Wahlmobil schaffen wir eine gemütliche Atmosphäre, um bei Speis und Trank über die politischen Herausforderungen unseres Landes zu diskutieren.

Das Wort des Parteipräsidenten

Trauerspiel vor dem Krippenspiel

Das Mitte-Links-Parlament hat kurz vor den Festtagen wegweisende aber grundlegend für die Schweiz schädliche Beschlüsse gefasst.

So hat der Ständerat entschieden, dass kriminelle Ausländer weiterhin nicht konsequent ausgeschafft werden sollen. Mit der Einführung einer sogenannten Härtefallklausel, mit welcher jede Ausschaffung verhindert werden kann, fällt er in das untaugliche Konzept des seinerzeitigen Gegenvorschlags zurück, welcher von Volk und Ständen klar abgelehnt worden ist. Statt neu rund 18‘000 kriminelle Ausländer, würden damit auch künftig weniger als 500 Straftäter pro Jahr des Landes verwiesen.

Die Ständeräte missachten damit den Volksentscheid aus dem Jahre 2010 in krasser Weise. Damit ist schon vor dem Differenzbereinigungsverfahren klar, dass eine Volksabstimmung zur Durchsetzungsinitiative unumgänglich wird. Der Ständerat hat jedoch mit taktischen Spielchen erreicht, dass diese Abstimmung verzögert wird und erst nach den Wahlen 2015 stattfinden wird.

Energiestrategie 2050 – fataler Irrweg
Im Nationalrat wurden die Weichen in der schweizerischen Stromversorgung falsch gestellt. Mit der sogenannten Energiestrategie 2050 werden wir in Zukunft weniger Versorgungssicherheit zu wesentlich höheren Strom- und Energiepreisen haben. Die Rechnung zahlen einmal mehr der Mittelstand und die KMU. Eine vierköpfige Familie muss sich mit den getroffenen Entscheiden auf jährlich rund 1000 Franken zusätzliche Energiekosten einstellen.

Masseneinwanderung jetzt stoppen!
Anfangs Jahr präsentiert der Bundesrat die Umsetzungsgesetzgebung zur angenommenen SVP-Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“. Damit kommt die Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung in die entscheidende Phase. Das Schweizer Volk will eine eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und erwartet zurecht, dass es jetzt rasch und konsequent vorwärts geht.

Sie sehen, der Kampf geht auch im 2015 weiter. Umso mehr wünsche ich Ihnen allen schöne und besinnliche Weihnachten und viel Kraft fürs neue Jahr.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz

Wer denkt an die Opfer?

Die SVP-Parteileitung hat allen Ständeräten in einem Brief deren Verantwortung vor den Opfern von Gewaltverbrechen bei der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative in Erinnerung gerufen. Genützt hat es nichts: Auch der Ständerat will mit einer Härtefallklausel die Umsetzung so verwässern, dass letztendlich nicht mehr Straftäter als mit der heutigen Regel, d.h. rund 500 Personen jährlich, ausgeschafft würden. Gemäss dem Volksentscheid und dem Willen der SVP wären es gemäss Berechnungen des Bundesamtes für Migration bis zu 18‘000. Das letzte Wort wird wohl das Volk mit der Durchsetzungsinitiative haben.

Am 28. November 2010 stimmten Volk und Stände der SVP-Ausschaffungsinitiative zu, wonach schwer straffällig gewordene und unsere Sozialsysteme missbrauchende Ausländer ohne Wenn und Aber aus der Schweiz ausgewiesen werden müssen. Die Verwaltung, der Bundesrat und die eidgenössischen Räte werkeln nun schon seit vier Jahren an der gesetzlichen Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung.

Seit vier Jahren ist kein einziger krimineller Ausländer zusätzlich aus der Schweiz ausgewiesen worden. Nach der neuen Verfassungsbestimmung müssten jährlich gemäss Schätzungen des Bundes 10‘000 bis 20‘000 Ausländer ausgeschafft werden. Dies würde die Schweiz sicherer machen und gäbe ein klares Zeichen, dass wir Ausländer, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen, nicht bei uns dulden.

Am 27. November 2014 forderte die SVP-Parteileitung alle Ständerätinnen und Ständeräte in einen Brief auf, die Volksinitiative wortgetreu umzusetzen. So hatte es der Nationalrat als Erstrat vorgesehen. Der Ständerat entschied aber anders und wählte erneut eine Härtefallklausel. Nun geht das Geschäft zur Differenzbereinigung in den Nationalrat. Sollte dieser sich an die ständerätliche Linie anpassen, dann ist für die SVP klar: Die Durchsetzungsinitiative muss vors Volk.

«Der Souverän hat sich klipp und klar für den Ausschaffungsautomatismus ausgesprochen. Daran gibt es nichts zu rütteln.»

STÄNDERAT PETER FÖHN
AUS DEM KANTON SCHWYZ

4 Jahre

Soviele kriminelle Ausländer wollen sie pro Jahr ausschaffen:

Bundesrat und Ständerat	Nationalrat	Schweizer Volk und SVP
0-4'000	~10'000	~18'000

Und was meinen wohl die Opfer?

Das ist auf Facebook passiert

SVP Schweiz

Die Medien gefallen sich heute als Kritiker der Landwirtschaftspolitiker im Nationalrat, welche sich nach ihrer Lesart mehr Subventionen zugeschanzt hätten. Eine solche Darstellung ist verzerrt und blendet einen beträchtlichen Teil der finanzpolitischen Realitäten aus: http://www.svp.ch/aktuell/editorials/verzerrte-sicht-auf-die-budgetdebatte/

Voranschlag 2015 Bundesrat	Weniger Ausgaben als Voranschlag 2014	Mehr Ausgaben als Voranschlag 2014
Landwirtschaft	- 133 Millionen / -3,6%	
Landesverteidigung	- 150 Millionen / -3,1%	
Finanzen/Steuern	- 12 Millionen / -0,1%	
Verkehr	- 8 Millionen / - 0,1%	
Soziale Wohlfahrt		+ 597 Millionen/ +2,7%
Bildung und Forschung		+ 156 Millionen / +2,2%
Internationale Zusammenarbeit (insbesondere Entwicklungshilfe)		+ 132 Millionen / +3,7%
Übrige Ausgabengebiete (zum Beispiel Umweltschutz)		+ 299 Millionen / + 4.6%

23.560 erreichte Personen

66 gefällt das

SHARE

97 geteilte Inhalte

34 Kommentare

Ein paar Kommentare

Ivo Duttweiler es braucht endlich mehr geld für das militär !!!!
Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 17 · 27. November um 12:59

Margrit Spath Wenn ich diese Zahlen sehe wird mir schlecht. Kürzungen an den wichtigsten Stellen und Aufstockung bei völlig unnützen Posten.
Gefällt mir · Antworten · 13 · 27. November um 12:04

Leuenberger Michael Soziale Wohlfahrt wir würden besser zu uns schauen... Es gibt genug alleinerziehende Mütter welche unten durch müssen!!! Wir müssen wieder lernen, dass es jedem Bürger in der Schweiz gut geht, bevor wir Geld aus dem Fenster werfen!
Gefällt mir · Antworten · 29. November um 00:11

Albert Knobel Also über eine Milliarde Mehrausgaben in Bereichen, welche bezüglich amtlichen Geheimnissen, Willkür und Korruption noch sehr viele Aufklärungs-Defizite vermuten lassen...!
Gefällt mir · Antworten · 6 · 27. November um 12:17

Besuchen Sie uns auf unseren Facebook-Seiten

facebook.com/SVPch

facebook.com/wachhundwilly

Unkritisches Parlament

Es gibt zu denken, wie unkritisch das Parlament am 9. Dezember im Nationalratssaal den 40. Jahrestag der Ratifikation der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch die Schweiz gefeiert hat.

Im Zentrum stand eine Rede des Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Der Inhalt der EMRK bildete bei deren Unterzeichnung weitgehend die bisherige Rechtstradition der Schweiz im Bereich der Menschenrechte ab und ist als solche auch nicht bestritten. Hingegen wurde die Konvention in den letzten Jahren durch die Praxis und Rechtsprechung der Richter in Strassburg laufend „dynamisch" weiterentwickelt und leider verpolitisiert. Unter dem Titel „Menschenrechte" wird die freie Einwanderung und automatische Einbürgerung angestrebt.

Von hier aus beschneiden die 47 Richter des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg die nationalen Gesetze der Mitgliedsländer immer stärker.

Copyright: «Council of Europe Credits»

Das Problem liegt nicht bei der Menschenrechtskonvention (EMRK), sondern bei der Gefahr, dass die Richter in Strassburg faktisch zu Politikern werden. Die expansive Auslegung der Konvention schränkt die Selbstbestimmung der Schweiz bei der Durchsetzung ihrer demokratisch zustande gekommen Verfassungsbestimmungen und Gesetze immer mehr ein. Ich war selbst vier Jahre lang als Parlamentarier im Europarat in Strassburg und kenne die Richter. Einer davon hat mir damals unter vier Augen offen gesagt: «Freie Niederlassung, freie Einwanderung, automatische Einbürgerung, jeder darf im gewählten Land bleiben; das ist unser Endziel.»

Missbrauch der Menschenrechte

Die Gefahr ist ganz allgemein sehr gross, dass die wichtigsten Gerichte in Europa verpolitisiert werden. Beim Europäischen Gerichtshof ist dies offensichtlich, denn er betrachtete seinen Auftrag darin, das Recht europaweit zu „harmonisieren". Dieselbe Gefahr besteht leider auch zunehmend beim Strassburger Gerichtshof für Menschenrechte: Unter dem Deckmantel der Menschenrechte werden demokratisch zustande gekommene Gesetze der Mitgliedsstaaten ganz einfach ausgehebelt. Bundesrichter Seiler spricht in diesem Zusammenhang vom «Trojanischen Pferd der Menschenrechte für den Rechtsstaat», das für die Schweiz tödlich ist.

Bundesrichter Schubarth hat im Zusammenhang mit Richterrecht den Ausdruck «Staatsstreich» geprägt, nachdem Richter nach eigenem Gutdünken Gesetze ausgelegt und damit eigenes Recht gesetzt haben. Wenn der Ausdruck «Menschenrecht» dazu missbraucht wird, der Schweiz freie Einwanderung aufzuzwingen, werden alle Grenzen gesprengt. Wenn nicht einmal mehr Schwerkriminelle gezwungen werden können, unser Land zu verlassen, ist das völlig inakzeptabel.

Wir wollen keine fremden Richter

Die SVP fordert mit ihrer neuen Initiative, dass durch die Schweizer Bevölkerung gesetztes Recht dem internationalen Recht vorgehen muss (Ausnahme zwingendes Völkerrecht). Dazu gehört selbstverständlich, dass internationale Verträge wieder gekündigt werden können, wenn das Schweizervolk an der Urne neue Entscheidungen trifft (wenn wir z.B. Tierschutzbestimmungen verschärfen oder die Ausweisung von Kriminellen anordnen). Wir wollen keine fremden Richter – das galt vor 700 Jahren genauso wie heute.

Im Rahmen der 40-Jahr-Feier der Ratifikation der EMRK durch die Schweiz wäre eine kritische Auseinandersetzung mit der Entwicklung und der richterlichen Auslegung und Verpolitisierung der EMRK erwünscht gewesen. Denn die kritischen Stimmen werden – nicht nur in der SVP – immer lauter. Eine Parlaments-Feier ohne kritische Worte kann dazu führen, dass die gut gemeinte EMRK immer weiter ausgedehnt wird – auf Kosten der weltweit einzigartigen „direkten Demokratie Schweiz".

von Nationalrat Luzi Stamm, Baden (AG)

SVP-Parlamentarier « bi de Lüt »

Die National- und Ständeräte der SVP gehen nach jeder Session zur Bevölkerung und berichten über deren Ergebnisse. Dies kann an einer klassischen Saalveranstaltung, aber auch an einer Standaktion sein. Wichtig ist dabei, dass sie «bi de Lüt» sind und diese aus erster Hand persönlich informieren.

Hier sind alle Anlässe aufgeführt, an welchen Sie sich direkt von den SVP-Parlamentariern ins Bild setzen lassen können. Nehmen Sie die Möglichkeit des Kontaktes wahr und besuchen Sie einen Anlass oder eine Standaktion und diskutieren Sie ungezwungen mit unseren Parlamentariern.

2015 sollen noch verstärkt Anlässe draussen bei den Leuten stattfinden, anstelle von klassischen Saalveranstaltungen. Dafür sind wir auf die Mithilfe aller Sektionen angewiesen. Organisieren Sie öffentliche Anlässe auf den Dorf- und Stadtplätzen und laden Sie dazu SVP-Parlamentarier aus Ihrem Kanton ein. Vergessen Sie nicht, diese Veranstaltung mit Plakaten und Inseraten in Ihrer Region auch bekannt zu machen. Sie zeigen damit auch, dass die SVP eine aktive Partei ist.

Wir werden im Klartext Ihre Termine von Veranstaltungen SVP bi de Lüt mit nationalen Parlamentariern gerne veröffentlichen. Schicken Sie uns Datum, Durchführungsort und wer anwesend sein wird an gurtner@svp.ch. Anschliessend können Sie uns auch Fotos der Anlässe schicken, die wir gerne im Klartext abdrucken werden.

Wir sind DIE Schweizer Volks-Partei, nahe bi de Lüt und freuen uns auf die vielen Begegnungen.

Adrian Amstutz
Fraktionspräsident

Kanton Aargau

Nationalrätin Flückiger Sylvia
15. Dezember, 19.30 Uhr
Gehren Erlinsbach

Nationalrat Reimann Maximilian
Kein Anlass

Nationalrat Giezendanner Ulrich
Kein Anlass

Nationalrat Stamm Luzi
Kein Anlass

Nationalrat Killer Hans
13. Dezember, 11.00 Uhr
Tägerhard Wettingen

Nationalrat Knecht Hansjörg
13. Dezember, 11.00 Uhr
Tägerhard Wettingen

Kanton Bern

Nationalrat Aebi Andreas
29. November 12.00 Uhr
SVP Suppentag, Gemeindezentrum, Affoltern

Nationalrat Amstutz Adrian
22. Dezember, 20.00 Uhr
Rest. Rössli, Uetendorf

Nationalrat Joder Rudolf
Kein Anlass

Nationalrat Rösti Albert
22. Dezember, 20.00 Uhr
Rest. Rössli, Uetendorf

Nationalrat von Siebenthal Erich
13. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Tiermatti, Schwenden

Nationalrätin Geissbühler Andrea
29. Januar, 19.00 Uhr
Röhrehütte, Bäriswil

Nationalrätin Pieren Nadja
28. November, am Abend
Weihnachtsmärit Konolfingen

7. Dezember, ganztags
Adventsmärit Burgdorf

10. Dezember, 20.00 Uhr
Rest. Emmenbrücke, Lützelflüh

Nationalrat Wandfluh Hansruedi
13. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Tiermatti, Schwenden

Kanton Basel-Landschaft

Nationalrat de Courten Thomas
9. Dezember, 19.30 Uhr
Hotel Alfa, Birsfelden

Nationalrat Miesch Christian
9. Dezember, 19.30 Uhr
Hotel Alfa, Birsfelden

Kanton Basel-Stadt

Nationalrat Frehner Sebastian
Kein Anlass

Kanton Freiburg

Nationalrat Rime Jean-François
Kein Anlass

Kanton Genf

Nationalrätin Amaudruz Céline
Kein Anlass

Nationalrat Nidegger Yves
Kein Anlass

Kanton Glarus

Ständerat Hösli Werner
Kein Anlass

Kanton Graubünden

Nationalrat Brand Heinz
12. Januar, 19.30 Uhr
Centro regionale di servizi, Roveredo

Kanton Neuenburg

Nationalrat Clottu Raymond
Kein Anlass

Kanton Nidwalden

Nationalrat Keller Peter
Kein Anlass

Kanton Luzern

Nationalrätin Estermann Yvette
29. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Obernau, Kriens/Obernau

Nationalrat Müri Felix
19. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Mühleholz, Retschwil

Kanton St. Gallen

Nationalrat Brunner Toni
13. Dezember, 14.00 Uhr
Haus der Freiheit, Ebnat-Kappel

Nationalrat Müller Thomas
Kein Anlass

Nationalrat Büchel Roland Rino
5. Dezember, 18.30 Uhr
Heerbrugg, Feuerwehrdepot/Werkhof

Nationalrat Reimann Lukas
19. Dezember, 20.00 Uhr
Rest. Wildberg, Jonschwil

Kanton Schaffhausen

Nationalrat Hurter Thomas
12. Dezember, 20.00 Uhr
Haus der Wirtschaft in Schaffhausen

Ständerat Germann Hannes
12. Dezember, 20.00 Uhr
Haus der Wirtschaft in Schaffhausen

Kanton Solothurn

Nationalrat Borer Roland
12. Dezember, 19.00 Uhr
Rest. Stalden, Solothurn

Nationalrat Wobmann Walter
12. Dezember, 19.00 Uhr
Rest. Stalden, Solothurn

Kanton Schwyz

Nationalrat Schwander Pirmin
20. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Distel, Rothenthurm

Ständerat Föhn Peter
Kein Anlass

Ständerat Kuprecht Alex
Kein Anlass

Kanton Thurgau

Ständerat Eberle Roland
4. Januar, 11.00 Uhr
Pfadiheim Mühliweid, Weinfelden

Nationalrätin Herzog Verena
1. Januar, 15.00 Uhr
Mattenhof, Diessenhofen

3. Januar, 10.00 Uhr
Ochsen Braunau

22. Januar, 19.30 Uhr
Schulhaus Buch bei Frauenfeld

Nationalrat Walter Hansjörg
3. Januar, 10.00 Uhr
Ochsen Braunau

Nationalrat Hausammann Markus
22. Januar, 19.30 Uhr
Schulhaus Buch bei Frauenfeld

Kanton Tessin

Nationalrat Rusconi Pierre
9. Dezember, 21 Uhr
Rest. Alla Bricola, Rivera

Kanton Waadt

Nationalrat Veillon Pierre-François
Kein Anlass

Nationalrat Bugnon André
20. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Le bon vin, Chardonne

Nationalrat Grin Jean-Pierre
20. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Le bon vin, Chardonne

Nationalrat Parmelin Guy
20. Januar, 20.00 Uhr
Rest. Le bon vin, Chardonne

Kanton Wallis

Nationalrat Freysinger Oskar
Kein Anlass

Kanton Zug

Nationalrat Aeschi Thomas
15. Dezember, 19.30 Uhr
Rest. Sport Inn, Waldmannhalle, Baar

Kanton Zürich

Nationalrat Binder Max
Kein Anlass

Nationalrat Fehr Hans
21. Januar, 19.15 Uhr
Glockenhof Zürich

Nationalrat Mörgeli Christoph
22. Dezember, 20.00 Uhr
Gasthof Hirschen, 8340 Hinwil

Nationalrat Bortoluzzi Toni
7. Dezember, 10.00 Uhr
Chlausemarkt, Affoltern a.A.

Nationalrat Heer Alfred
24. Januar, 10.00 Uhr
Schwamendingerplatz, Zürich

Nationalrätin Rickli Natalie
13. Dezember, 10.00 Uhr
Gasthof Höfli, Otelfingen

Nationalrat Schibli Ernst
9. Januar, 20.00 Uhr
Schützenhaus, Otelfingen

Nationalrat Egloff Hans
13. Dezember, 11.00 Uhr
Rest. Frohsinn, Uitikon Waldegg

Nationalrat Matter Thomas
5. Februar, 14.00 Uhr
Kunsthaus Zürich, Vortragssaal

Nationalrat Rutz Gregor
13. Dezember, 10.30 Uhr
Rest. Schützenstube, Küsnacht

Nationalrat Stahl Jürg
12. Januar, 19.00 Uhr
Sagi Bertschikon

„Die SVP ist heute ein

SVP-Klartext: Wie erklären Sie sich den kometenhaften Aufstieg der SVP ab 1991?
Ueli Maurer: Mit unseren Zielen – kein EU-Beitritt, tiefere Steuern und die Ausweisung krimineller Ausländer – und mit der Schwäche der übrigen Parteien.

Während Ihres Parteipräsidiums wurden 12 Kantonalparteien und 600 Sektionen gegründet. Was half Ihnen dabei, und was behinderte Sie?
Der entscheidende Faktor sind Personen. Es gab viele, die eine Führungsrolle spielen wollten, aber nur wenige, die dazu wirklich geeignet waren.

Auf welche persönlichen Eigenschaften kommt es an?
Darauf, dass jemand nicht seine Person, sondern die Sache ins Zentrum stellt. Und eine gewisse Hartnäckigkeit bei der Zielerreichung. Wir hatten regelmässig Zweifel, ob einzelne Neugründungen Bestand hätten. Doch wir mussten die damalige Erfolgswelle ausnutzen. Wir haben heute noch Potential in den katholischen Kantonen und in der Westschweiz.

Wann gibt es wieder einen zweiten SVP-Bundesrat…?
Hoffentlich möglichst rasch. Aufgrund der Wählerstärke steht der Partei ein zweiter Bundesratssitz zu.

Welche Folgen hat unsere Untervertretung im Bundesrat in der realen Politik?
Sie erschwert die Suche nach vernünftigen Kompromissen. Man versucht, uns an den Rand zu drängen. Dies schafft bei den Wählern Frustration und Wut. Mit einem zweiten SVP-Bundesrat würde die Schweiz ruhiger und käme auf mehr ausgeglichene Lösungen. Die SVP ist heute eine Oppositionspartei.

«Wir haben heute noch Potential in den katholischen Kantonen und in der Westschweiz.»

UELI MAURER

Die Schweiz ist seit über hundert Jahren in der Welt erfolgreich. Was sind die wichtigsten Zutaten unseres Erfolgsrezeptes?
Politische Stabilität – daraus folgt Berechenbarkeit –, Tüchtigkeit, Bildung, Bescheidenheit, Exaktheit und Weltoffenheit. Wir haben eine besondere Erfahrung darin, in einer kulturellen Vielfalt Lösungen zu finden. Eine Folge daraus ist Rücksichtnahme.

Müssen wir heute Angst vor einem aggressiven Islam in der Schweiz haben?
(schweigt) Nein. Muslime in der Schweiz sind integrierter als anderswo und verlieren daher mehr, wenn sie Risiken eingehen. Aber wir müssen davon ausgehen, dass der Islam auch in der Schweiz versucht, seine Stellung auszubauen und an Einfluss zu gewinnen. Die Radikalisierung beschränkt sich wahrscheinlich auf einzelne Personen und Zirkel.

Was ist Ihre grösste Sorge mit Blick auf unsere staatlichen Institutionen und unsere politische Kultur?
Die Versuche, dem Volk zunehmend die Mitsprache zu entziehen, und die Schaffung eines übergeordneten Rechts durch internationale Verträge. Aus beidem folgt, dass die Bürger sich weniger für den Staat interessieren. Das scheint mir langfristig die gefährlichste Entwicklung. Da sind wir bereits unterwegs. Diese Entwicklung müssen wir stoppen. Wir müssen für unsere Werte einstehen. Die SVP tut dies heute als einzige, seit langem und konsequent.

Womit sind Sie als VBS-Chef im zurückliegenden Jahr zufrieden?
Unsere Armee funktioniert gut, die Soldaten sind motiviert. Jetzt braucht es noch die Festigung. Dann haben wir beim Nachrichtendienst aufgeräumt. Er arbeitet heute effizient und konzentriert sich auf seine Kernaufgaben. Schliesslich haben wir im Sport eine Förderung des Leistungs- und Aufbausports eingeführt.

Womit sind Sie nicht zufrieden?
In der Verwaltung geht alles zu langsam… Und natürlich die Ablehnung des Gripen.

Wie werden Sie die Lücke in der Luftverteidigung füllen?
Wir werden den Kauf von Boden-Luft-Systemen vorziehen. Der Luftbereich entwickelt sich laufend, zum Beispiel mit unbemannten Flugkörpern, die nicht mehr ferngesteuert, sondern pro-

Ueli Maurer

Geboren am 1. Dezember 1950 in Wetzikon/ZH

Verheiratet, sechs Kinder

Präsident der SVP Schweiz von 1996 bis 2008

Bundesrat seit 2009 (Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, VBS)

Lieblingssymbol der Schweiz: Schweizer Fahne

ne Oppositionspartei“

Die wichtigsten Zutaten unseres Erfolgsrezeptes? Politische Stabilität – daraus folgt Berechenbarkeit –, Tüchtigkeit, Bildung, Bescheidenheit, Exaktheit und Weltoffenheit.

grammiert werden. Bei der nächsten Generation von Waffen wird es sich um Laserwaffen handeln.

Auch für die Schweiz?
Wir sind zweifellos ein interessanter Technik-Zulieferer. Die Entwicklung eines eigenen Systems würde unsere Möglichkeiten wohl übersteigen.

Wie war es möglich, dass sich die Armee unter der Aufsicht ihres Amts-Vorgängers laufend verschlechtern konnte?
Jemandem die Schuld zuschieben zu wollen, wäre sicher falsch. Die Schweiz folgte einer allgemeinen Entwicklung in Europa. Nach dem Fall der Berliner Mauer wurden die Armeen unkontrolliert abgebaut. Dazu kam der Kauf komplexer teurer Systeme ohne gesicherten Unterhalt. Deutschland und Österreich etwa haben ähnliche Probleme. Im Rückblick darf ich feststellen, dass die Schweiz eins der ersten Länder war, das die Fehlentwicklung korrigiert hat.

War es schwierig, Ihre Kader zu überzeugen?
Unsere Fachkräfte haben internationale Schulen besucht. Sie folgten dem, was ihnen dort gelehrt wurde. Ich glaube, unsere Armeespitze hat sich inzwischen davon verabschiedet. Es brauchte Überzeugungsarbeit.

Wie entwickelt man in der Politik eine dicke Haut und bleibt doch sensibel fürs Wesentliche?
Es braucht eine gewisse Distanz zu den Themen. Man muss alles ernst, darf aber nicht alles persönlich nehmen.

«Mit einem zweiten SVP-Bundesrat würde die Schweiz ruhiger und käme auf mehr ausgeglichene Lösungen. Die SVP ist heute eine Oppositionspartei.»

UELI MAURER

Was wünschen Sie sich für 2015?
Die Festigung des aktuellen Kurses des VBS, dass die SVP-Kandidatinnen und -Kandidaten im Wahlkampf ihr Letztes geben, und ein stolzes Wahlergebnis 2015!

Ogilvy & Mather
RUHE.
VOR, WÄHREND UND
NACH DEM STURM.
Der JAGUAR XF mit intelligentem Allradantrieb sorgt für grenzenlose Fahrfreude auch bei schwierigsten Verhältnissen. Wegweisende Technik übernimmt die variable Kraftverteilung auf Vorder- und Hinterräder. So bringt JAGUAR die Leistung des 3.0-Liter-V6-Kompressors mit den Stärken eines Allradantriebs und dem für JAGUAR typischen Fahrgefühl auf die Strasse.
Erleben Sie den XF 4×4 jetzt bei Ihrem JAGUAR-Fachmann auf einer Probefahrt.
JAGUAR.CH
JAGUAR
JAGUAR XF 3.0-L-V6 S/C 4×4, 4-Türer, 4WD, 340 PS/250 kW, CHF 73'700.–, Gesamtverbrauch 9.6 l/100 km, CO_2-Emission 229 g/km (Durchschnitt aller Neuwagen in der Schweiz 148 g/km), Effizienzkategorie G. JAGUAR Free Service: 3 Jahre kostenlose Wartung ohne Kilometerbegrenzung, inklusive Flüssigkeiten.

Umerziehung durch Gesundheitsfunktionäre?

Ob mit provokativen HIV-Kampagnen, fragwürdigen Alkohol- und Wurststudien oder tabakfeindlichen Gesetzesvorlagen, das Bundesamt für Gesundheit (BAG) spielt sich als den Bürger erziehenden Moralapostel auf und verstaatlicht und zentralisiert unverfroren unser Gesundheitswesen. Dies untergräbt nicht nur unsere Kultur der Eigenverantwortung und kostet den Steuerzahler unsägliche Millionen Franken, sondern widerspricht auch diametral unserem freiheitlichen Demokratieverständnis.

Diverse Massnahmen zeugen von der bürger- und weltfremden Ideologie des BAG:

- So zum Beispiel die erst kürzlich lancierte und sehr fragwürdige HIV-Kampagne mit pornographisch-provozierendem Inhalt.

- Das BAG veröffentlicht immer wieder umstrittene Studien und instrumentalisiert die schon vor Studienbeginn gewünschten Resultate. Neustes Beispiel: die angeblich alkoholbedingten Kosten für die Gesellschaft und Wirtschaft oder die Anti-Wurst-Studie.

- Präventionswahnsinn: Weil man politisch ein Verbot von Tabak nicht erreichen kann, schikaniert und gängelt man die Kunden und die Branche so lange mit Vorschriften, Verboten und Einschränkungen, bis sich der Handel nicht mehr lohnt. Tabak wird auf die Stufe eines allgemeingefährlichen Giftes gestellt, welches man leider nicht verbieten, aber die Bevölkerung so lange umerziehen kann, bis der Konsum verschwindet. Nach Tabak und Alkohol folgen viele andere Bereiche des Lebens wie Schall, Laser und UV-Strahlung, Fleisch, Zucker und Fett.

Umerziehung durch den Staat

Die Gesundheitsfunktionäre des BAG wollen ideologisch verbrämt der Gesellschaft zum angeblich guten Leben verhelfen. Dieser gute Mensch ist nicht nur Nichtraucher, Nichtalkoholtrinker oder Vegetarier, sondern auch sexuell offen, sportlich und handelt ökologisch und nachhaltig. Dieser stark von Oben in die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger einwirkende Staat widerspricht aber dem demokratischen Gedanken. In einer Demokratie ist das Volk der Souverän. Der Bürger prägt den Staat, nicht umgekehrt. Staatlich bezahlte Beamte haben hierbei nicht die Aufgabe die Gesellschaft nach ihrem Gusto zu formen.

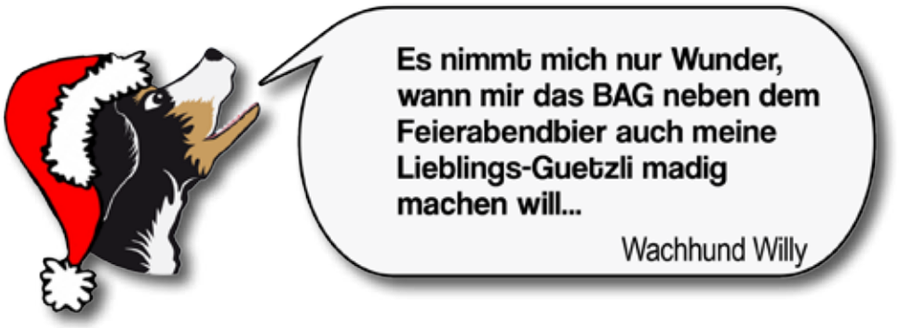
Umerziehung ist nicht gratis

Auch mit Steuern kann man die Gesellschaft lenken und gleichzeitig die Bürokratie finanzieren. Während die Gesamtausgaben beim BAG im Jahr 2010 2,4 Mia. Franken betrugen, wurden im Jahr 2013 bereits 3,2 Mia. Franken ausgegeben. Dies entspricht einer Ausgabensteigerung von 35 Prozent (+ 840 Mio.) in nur drei Jahren. Der Ausgabenanstieg der letzten Jahre des BAG und indirekt auch der Anstieg der Krankenkassenprämien, mit denen wir dieses finanzieren, sind Ausfluss einer unkontrollierten Funktionärsherrschaft. Im Gleichschritt mit den Gesamtausgaben ist beim BAG zwischen 2007 und 2013 auch der Personalbestand um 70 Stellen auf ein Total von 476 Angestellten angewachsen. Und dies obwohl Gesundheitspolitik im Grunde genommen vor allem eine kantonale Angelegenheit ist. Aber auch bei den Kantonen steigen die Kosten im Gesundheitswesen in ungeahnte Milliardenhöhen. Längst hätte man diesem Treiben Einhalt gebieten sollen.

Zahl

89'085'600

Franken jährlich für zweifelhafte Präventionsmassnahmen sind 89 Millionen zu viel!



Bundesamt für Provokation

Ganz zu Recht wurde das BAG auch schon als „Bundesamt für Provokation" betitelt. Die SVP ist die einzige Kraft in diesem Land, welche diese Aktivitäten des BAG bekämpft. Aber wo helfen die Wirtschaft, die Verbände und andere Parteien mit, diesem Treiben Einhalt zu gebieten? Oder anders gefragt: Wer stoppt mit uns das BAG?

von Nationalrat Sebastian Frehner, Basel (BS)

Religionsfrieden als Grundlage für Stabilität

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche ist eine sensible Angelegenheit. Nicht umsonst liegt die Kirchenhoheit in der Schweiz bei den Kantonen, welche in diesem Bereich ganz unterschiedliche Traditionen haben. Die massive Zuwanderung hat in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Durchmischung der Religionen geführt. Dies wirft neue Fragen auf, welche die Politik beantworten muss.

von Nationalrat Gregor Rutz, Zürich (ZH)

Seit Bestehen des Bundesstaats war die Gewissens- und Kultusfreiheit immer gewährleistet – wenn auch mit gewissen Einschränkungen. Während dieses Freiheitsrecht früher eher eine Massnahme zur Sicherung des religiösen Friedens war, stehen heute die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen sowie die Frage nach dem richtigen Verhältnis von Staat und Kirche im Vordergrund.

Die Religionsfreiheit erfordert die Neutralität des Staates gegenüber einzelnen Konfessionen. Die Neutralitätspflicht gilt in der Schweiz nicht absolut wie z.B. in Frankreich: Sie findet ihre Grenzen in der öffentlich-rechtlichen Anerkennung von Religionsgemeinschaften. Die meisten Kantone kennen eine solche Anerkennung, abgesehen von den Ausnahmen mit einem Trennungsmodell (Genf, Neuenburg).

Volk muss mitreden können

Die meisten Kantone kennen eine verfassungsmässige Anerkennung, verbunden mit der Verleihung der öffentlich-rechtlichen Persönlichkeit und Privilegien wie Datenzugang, Anstaltsseelsorge oder dem Recht, Steuern zu erheben. Eine Verfassungsregelung erfordert immer die Zustimmung der Bevölkerung – ein wichtiger Punkt hinsichtlich der Wahrung des religiösen Friedens.

In jüngerer Zeit geht der Trend jedoch in eine andere Richtung: Es werden „Anerkennungsgesetze“ beschlossen, aufgrund welcher Parlament oder Regierung direkt weitere Gemeinschaften anerkennen können. Diese „kleine Anerkennung“ bringt weniger Privilegien, dafür aber auch weniger Auflagen. Ein solches Anerkennungsgesetz schlug jüngst der Kanton Waadt vor.

Muslime anerkennen?

Die Frage der Anerkennung stellt sich ganz unterschiedlich. Während Strukturen von evangelischer Kirche und reformierten Kantonen oft eng verschränkt sind, gibt es bei der katholischen Kirche meist eine dualistische Lösung. Anerkannt wird eine speziell zum Zweck der Anerkennung gebildete Körperschaft – und nicht die offizielle Kirche gemäss CIC. Diese holprige Lösung funktioniert nur darum halbwegs, weil die betroffenen Glaubensgemeinschaften in der Schweiz heimisch sind.

Ungleich komplizierter ist die Situation bei islamischen Gemeinschaften, welche nicht als Vereine organisiert und sprachlich wie kulturell hierzulande nicht verwurzelt sind. Die Anerkennung von Dachvereinen befriedigt nicht und vermag die muslimischen Eigenheiten nicht zu erfassen. Mit einem solchen – verschiedenenorts diskutierten – Vorgehen würden Spannungsfelder übertüncht und Scheinlösungen getroffen.

Die Kantone täten besser daran, auf eine Entflechtung von Staat und Religionsgemeinschaften hinzuwirken. Ansonsten wird der erste Gerichtsentscheid, welcher unter dem Titel des Diskriminierungsverbots die Anerkennung verordnet, nicht mehr lange auf sich warten lassen.

«Hirnlose Provokation»

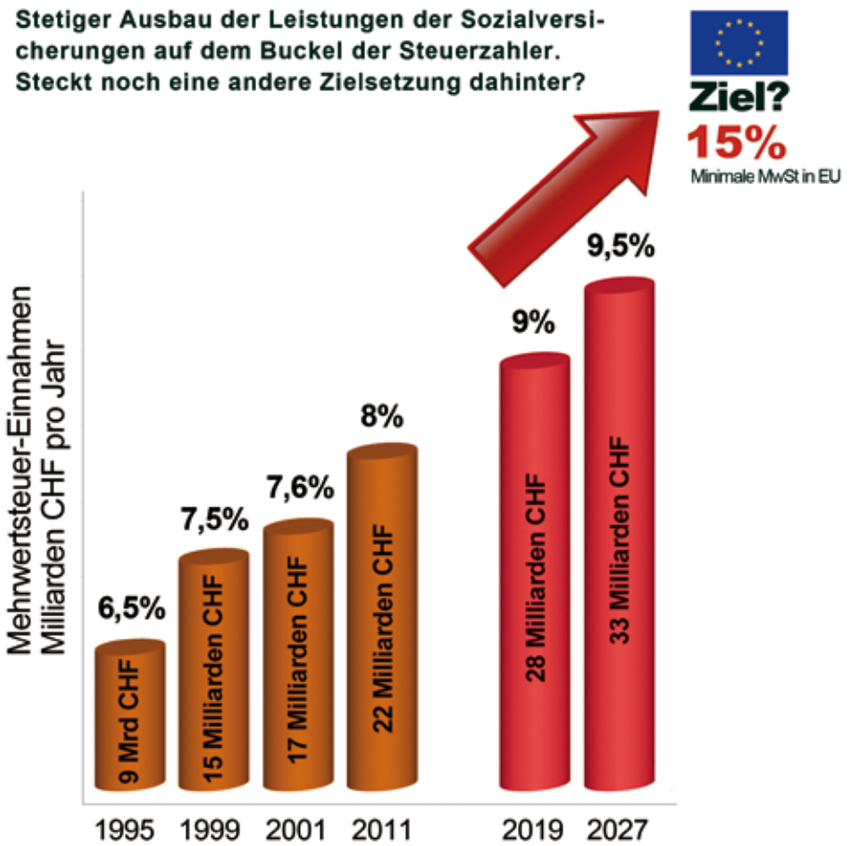
Der islamische Zentralrat der Schweiz (IZRS) stellt ein neues Video online, das wie eine Drohung klingt: «Rechnet mit uns. Jederzeit. Überall.» Dem Video gegenüber äusserst kritisch eingestellt ist **Nationalrat Peter Keller**. Der Nidwaldner wählt deutliche Worte: Der Clip erinnere teilweise «an ein paar Halbstarke, die ‹Indianerlis› spielen».

Dabei sei der Inhalt alles andere als spassig. «Der IZRS droht mit einer muslimischen Eroberung und Revolution in der Schweiz», sagt Keller. Dabei würde mit Bildern gearbeitet, wie sie auch «die Mörderbanden und Frauenvergewaltiger» der sunnitischen Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verwenden. Es habe nichts mit Islamophobie zu tun, wenn eine grosse Mehrheit der Schweizer, inklusive Muslime, diese «hirnlose Provokation» ablehne. Denn wer so offen mit dem IS sympathisiere wie der IZRS, «verspielt den Kredit bei der Bevölkerung», meint er.

Berset provoziert Scheitern

Weil Bundesrat Berset den Realitäten der steigenden Lebenserwartung nicht ins Auge zu sehen bereit ist und gleichzeitig die Eigenverantwortung und das Eigentum der Bürger aushöhlt, droht sein Megareformpaket Altersvorsorge 2020 zu scheitern. Wertvolle Zeit zur nachhaltigen Sanierung der Altersvorsorge geht dadurch verloren. Zu Lasten der Jungen und der Familien führt diese kostspielige Reform zu höheren Schulden und Steuererhöhungen in Milliardenhöhen.

Der Ausbau des Sozial- und Umverteilungsstaates wird währenddessen unvermindert weitergetrieben. Mit Mehreinnahmen in Milliardenhöhe sollen die Probleme der stetig steigenden Lebenserwartung, unerwünschte Umverteilungseffekte und die Aushöhlung des bewährten Drei-Säulen-Modelles überdeckt statt gelöst werden. Und dies zu Lasten der nächsten Generation, der Jungen und der Familien.



Warum diese Reform in dieser Form abzulehnen ist:

1. Mehrwertsteuererhöhungen in Milliardenhöhe

Rund 5 Milliarden Franken sollen mit einer Mehrwertsteuererhöhung von 1,5% ins AHV-System gepumpt werden. Längst haben Studien gezeigt, dass dies vor allem die Jungen, Wenigverdienende, den Mittelstand und die Familien stark treffen wird.

2. Rückzug des Bundes aus der Finanzierung

Der Bund will sich zudem aus der Mitfinanzierung der Altersvorsorge zurückziehen. Es kann aber nicht sein, dass in den Bereichen Kultur oder ins Ausland Milliardenbeiträge fliessen, der Bund sich aber gleichzeitig aus der Mitverantwortung bei der AHV schrittweise verabschieden will.

3. Verstaatlichung und Enteignung in der 2. Säule

Mit der Senkung der Eintrittsschwelle in die berufliche Vorsorge und dem Einbezug der Selbständigerwerbenden wird das Zwangssparen ausgebaut. Der Bundesrat liebäugelt sogar mit einer Einschränkung des Vorbezugs der Pensionskassengelder. Er vergisst dabei, dass das Geld in der 2. Säule privat angespartes Kapital ist.

4. Zerstörerische Überreglementierung im BVG

Der Bundesrat arbeitet bei der beruflichen Vorsorge auf eine weitere Schwächung der 2. Säule hin. Mit einer neuen Überschussverteilung und mehr Aufsicht und Kontrolle schreitet die Überreglementierung und Verstaatlichung im BVG voran. Gefordert wären stattdessen endlich gleich lange Spiesse für private und staatliche Kassen. Zudem braucht es endlich eine Entpolitisierung des Mindestumwandlungssatzes und des Mindestzinses.

5. Kostspielige Übergangs- und Ausgleichsmassnahmen

Anstatt die wenigen Einsparungen zur Sicherung der Altersvorsorge einzusetzen, will der Bundesrat teure Übergangs- und Ausgleichsmassnahmen finanzieren, was faktisch einem Ausbau der Sozialleistungen entspricht, obwohl die finanzielle Sicherung des heutigen Leistungsniveaus im Vordergrund stehen müsste.

Mit diesem Vorgehen provoziert der Bundesrat bewusst das Scheitern des Projektes „Altersvorsorge 2020“ und arbeitet aktiv an der Etablierung einer rein staatlich durch mehr Steuergelder des Mittelstandes und der Wirtschaft finanzierten und nicht mehr auf Eigenverantwortung und Sozialpartnerschaft orientierten Vorsorge.

von Nationalrat Thomas de Courten, Rünenberg (BL)

GOAL GLOSSAR

emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Weihnachtsaktion bis Ende Januar 2015
Einzeldose XR46®, 250g CHF 69.00 inkl. Versand
3-Monatspackung CHF 180.00 inkl. Versand
Bestellcode: SVP1201

XR46® ist das hocheffiziente Aminosäuren Präparat, welches nach strengsten medizinischen Standards in der Schweiz entwickelt und hergestellt wird.

Durch die einzigartige und hochdosierte Zusammensetzung von L- Glutamin, L- Glycin und L- Carnitin medizinischer Qualität verfügt XR46® als einziges Produkt in seiner im Nanobereich liegenden molekularen Struktur über eine hohe Membrandurchlässigkeit, welche eine optimale Passierbarkeit der Aminosäuren in die jeweiligen Zellen gewährleistet.

Dr. med. Thomas Spühler Zürich, Facharzt FMH für innere Medizin
Aus meiner persönlichen Erfahrung ist XR46® eine sehr sichere Substanz mit einem breiten Anwendungs-Spektrum. Insbesondere bei chronischer Müdigkeit und rascher Ermüdbarkeit, sportlichem Aufbautraining, erektyler Dysfunktion, sowie unterstützend bei allgemeinen Haut und Dermatologischen Problemen.

Univ. Prof. DDr. Johannes Huber Wien, Wissenschaftlicher Beirat

STB Unternehmungen GmbH, Stephan Blank
Höflistrasse 73a I CH-8135 Langnau a.A.
Telefon +41 (0)44 680 11 30 I Fax +41 (0)44 680 11 32
info@xr46.com I www.xr46.com

Hergestellt in der Schweiz

7% als Spende zugunsten der Partei

XR46®

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Obermattenweg 5, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
aareptan@gmail.com

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT

Mehr als 60‘000 Leser in der Deutschschweiz und in der Romandie.

Informationen erhalten Sie per E-Mail an **klartext@svp.ch**

dietschi
PRINT&DESIGN OLTEN

MEHR ALS EINE DRUCKEREI ...

DIETSCHI PRINT&DESIGN AG
Ziegelfeldstrasse 60 4601 Olten
T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 55‘000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Crausaz | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlament.ch, Stefan Marthaler, Council of Europe Credits.

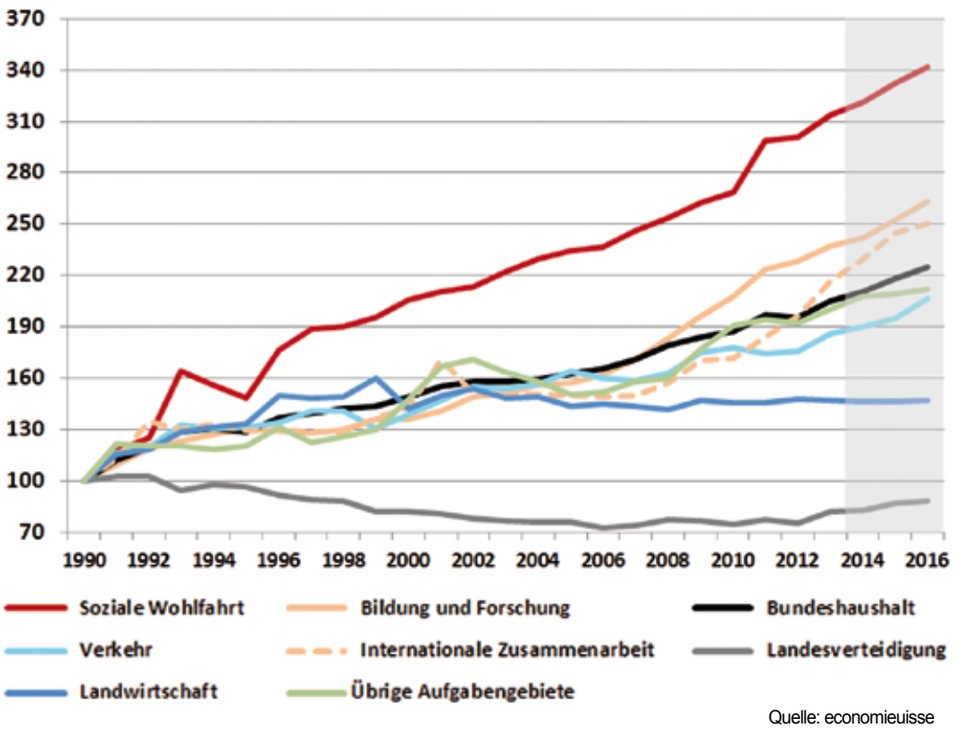
Stopp der Abzockerei

Am 2. Dezember 2001 hat das Volk mit 84,7% JA die Schuldenbremse gutgeheissen. Seither wurde bei der Landwirtschaft und der Landesverteidigung gespart und gekürzt. Bei den übrigen Aufgabengebieten wuchsen die Ausgaben hingegen unkontrolliert weiter. Einmal mehr wird der Volkswille nicht umgesetzt.

Prioritätensetzung und Aufgabenverzicht

Der Voranschlag 2015 ist zwar schuldenbremsenkonform, weist aber einen Handlungsspielraum von lediglich 186 Millionen Franken aus. Bei geplanten Gesamtausgaben von rund 67 Milliarden Franken entspricht dies lediglich 0,28 Prozent. Dieses Ergebnis konnte nur erreicht werden, weil einmal mehr die Ausgaben für die Landwirtschaft um 3,6 Prozent und diejenigen für die Landesverteidigung um 3,1 Prozent gekürzt wurden. Hingegen wachsen die Ausgaben für Soziale Wohlfahrt um 2,7 Prozent, für Bildung und Forschung um 2,2 Prozent und für die internationale Zusammenarbeit um 3,7 Prozent ungebremst weiter. Die SVP hatte diese einseitige Prioritätensetzung zurückgewiesen. Sie erinnerte den Bundesrat an seine Versprechen während der Debatte zur Agrarpolitik 2014 – 2017 und im Vorfeld der Volksabstimmung über die Ostmilliarde und beantragte zugunsten der Landwirtschaft Kürzungen bei der Entwicklungshilfe um über 120 Millionen Franken. Die Vorschläge der SVP zur Prioritätensetzung und zum Aufgabenverzicht zugunsten der eigenen Bevölkerung fanden in den bürgerlichen Reihen abermals kein Gehör. Wenigstens konnte die vom Bundesrat beantragte Kürzung für die Landwirtschaft teilweise rückgängig gemacht werden.

Wachstum der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen 1990 – 2017



Quelle: economieuisse

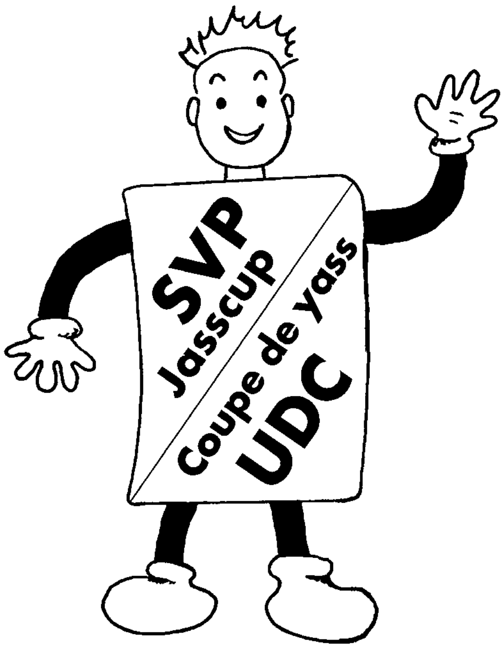
Ausgabenbremse einführen

Die ordentlichen Ausgaben des Bundeshaushalts betrugen im Jahr 1990 rund 31,6 Milliarden Franken. Für das Jahr 2015 sind Ausgaben von über 67 Milliarden Franken geplant: Mehr als eine Verdoppelung in nur 25 Jahren! Bei den Kantonen und Gemeinden sieht es nicht besser aus. Die Fiskaleinnahmen von Bund, Kantonen, Gemeinden und den öffentlichen Sozialversicherungen wachsen und wachsen. Für das Jahr 2015 sind Gesamteinnahmen von knapp 213 Milliarden Franken geplant. Bei der heutigen Wohnbevölkerung heisst das: Jeder Bürger, klein und gross, bezahlt täglich (inkl. Sonn- und Feiertage) direkt oder indirekt 71 Franken an den Staat und an die Sozialversicherungen. 1990 waren es noch 35 Franken. Die SVP fordert daher eine Ausgabenbremse. Der staatlichen Abzockerei muss ein Riegel geschoben werden.

Schuldenbremse auch für die Sozialversicherungen

Die Soziale Wohlfahrt ist die grösste Ausgabenposition. Mit 22,4 Milliarden Franken bindet sie 33,4 Prozent des Voranschlages 2015. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Im Jahr 1990 beanspruchte die Soziale Wohlfahrt noch 8,6 Milliarden Franken, das waren rund 22 Prozent der Bundesausgaben. In den letzten 25 Jahren hat also kein Sozialabbau stattgefunden, wie die profitierende Sozialindustrie wider besseren Wissens und nervend behauptet. Aufgrund dieser unkontrollierten Entwicklung fordert die SVP, dass auch die Sozialversicherungen der Schuldenbremse unterstellt werden.

von Nationalrat Pirmin Schwander, Lachen (SZ)



15. Nationaler SVP-Jasscup

mit Parteipräsident Toni Brunner
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 21. Februar 2015

10:00 – 16:00 Uhr, Türöffnung um 9 Uhr

im Casino, Herisau AR

Modus
Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise
Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.

Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.-
2. Preis Fr. 200.-
3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr
- Jassgebühr: Fr. 30.-
  ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 20.-
  Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem untenstehenden Talon per Email, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).

Anmeldeschluss ist der 13. Februar 2015

Organisation
SVP Appenzell Ausserrhoden unter der Leitung von OK-Präsident und Kantonalpräsident Edgar Bischof, Kantonalsekretär Ralf Menet und Nationalrat Felix Müri.
Turnierleiter: Fabian Cadonau

✂- -

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 15. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 21. Februar 2015 an:

❑ Französische Karten ❑ Deutschschweizer Karten ❑ Egal

Name: ______________________ Vorname: ______________________

Adresse: ______________________ PLZ Ort: ______________________

Tel.: ______________________ E-Mail: ______________________

Anmeldung bis spätestens 13. Februar 2015 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: betschart@svp.ch